Nr. 252 XXVIII. Jahrgang — Mittwoch, 13. Oktober 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.—, für das Ausland M. 10.—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 7.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffer- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Europa ohne Frieden

Eine Kritik Nittis

Der frühere italienische Ministerpräsident Nitti hat sich jetzt offen gegen den Versailler Vertrag und die Erpresserpolitik der Entente gewandt. Wir erfahren dazu:

☞ **Paris, 12. Oktober.** (Eig. Drahtbericht.) **Der „Mattino" und der „Resto del Carlino" veröffentlichen einen für die amerikanische Presse bestimmten Artikel Nittis unter der Ueberschrift „Europa ohne Frieden". Dieser Artikel verfolgt offensichtlich den Zweck, die amerikanische öffentliche Meinung gegen die Politik der Entente mobil zu machen. Es heißt darin u. a.: Nach dem Fall der Mittelmächte haben die Verbündeten gegen die Mittelmächte sehr oft eine Sprache geführt, wie sie sie ihren Feinden stets verübelt haben, und trotzdem sprechen sie noch weiter von Menschlichkeit. Es gibt nicht einen anständigen Menschen, der die Verträge verteidigen kann, die sie den Besiegten aufgesetzt haben. Wenn Deutschland gesiegt hätte, hätte es nicht mehr verlangen können. Niemand zweifelt daran, daß die Besiegten eine Entschädigung bezahlen müssen, aber können sie die Entschädigung bezahlen, die man ihnen auferlegen will? Ohne Zweifel mußte wohl gewisse territoriale Veränderungen nötig, aber waren wirklich alle Veränderungen, die wir den Unterlegenen aufgezwungen haben, notwendig?**

Hierzu gibt der „Temps" folgenden Kommentar: „Es ist wirklich unerhört, einen ehemaligen Ministerpräsidenten Italiens, eines Landes, das am Kriege und an seinem Abschluß teilnahm, so sprechen zu hören, daß man Deutschland den Gewaltfrieden im Namen des Rechts aufgezwungen habe. Es ist offensichtlich, daß die Kritik Nittis nicht nur den Vertrag von Versailles, sondern allen Verträgen, die dem Krieg ein Ende bereitet haben, angeht, und ganz besonders dem Vertrag von St-Germain, der die Lage Oesterreichs gegenüber Italien geregelt hat. Die bittere Kritik Nittis richtet sich tatsächlich gegen das eigene Land. Konnte er von gewissen Aenderungen, die ohne Notwendigkeit vorgenommen worden sind, reden, so ist es eigentlich nicht Frankreich, das er damit meinen kann, denn Frankreich hat nur die Provinzen zurückerhalten, die ihm vor einem halben Jahrhundert entrissen wurden. Andrerseits aber hat Italien einen ganz bedeutenden Gebietszuwachs erhalten. Die italienische Regierung hat ein Recht, sich ernsthaft über die Kritik Nittis und seine Ansicht aufzulegen, der die Freundlichkeit gegen die am Kriege Schuldigen teils so weit treibt, daß er erklärt, nicht ein anständiger Mensch könne die den Besiegten auferlegten Verträge verteidigen."

Wir müssen einerseits froh sein, daß uns ein Bekenntnis von der Qualität eines Nitti erstanden ist, können aber anderseits auch dem „Temps" nicht unrecht geben, der die Beteiligung Italiens an den Verträgen von Versailles und St-Germain in das gehörige Licht rückt.

•

Verweigerte Einreise-Erlaubnis

× **London, 12. Oktober.** Laut „Daily Mail" hat der Staatsminister des Innern ohne Angabe von Gründen die Einreiseerlaubnis für den Direktor der A. E.-G. Dr. Walter Rathenau verweigert. Dr. Rathenau beabsichtigte, an der internationalen Wirtschaftskonferenz zur Bekämpfung der Hungersnot teilzunehmen, die gestern in London eröffnet wurde.

•

Die Frage der Dieselmotoren

Im Wirtschaftspolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates berichtete Ministerialdirektor Gebhardt über die Rechtslage der Frage der Dieselmotoren, die durchaus zugunsten Deutschlands sei. Der Regierungsvertreter wies dann auf die in Paris überreichte deutsche Note, in der der deutsche Standpunkt dargelegt wird, hin und erklärte im Anschluß daran: Wir haben vor einigen Tagen ein Schreiben des Vorsitzenden der Marinekontrollkommission bekommen, in dem er immer noch verlangt, daß der Zerstörung der Dieselmotoren, die am 11. Oktober beginnen sollte, kein Widerstand entgegengesetzt werde. Er drohte, wenn Widerstand geleistet werde, die Kontrolloffiziere zurückzuziehen und an die Regierungen zu berichten. Wir haben erklärt, daß vor jedem weiteren Schritt die Antwort der Botschafterkonferenz auf unsre Note vom 16. September abzuwarten sei.

•

Aus dem besetzten Gebiet

Die interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz hat dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete zwei am 10. d. M. in Kraft tretende Verordnungen über die rechtliche Stellung von deutschen Staatsangehörigen, die bei den Besatzungstruppen oder bei der Rheinlandkommission beschäftigt sind, zugehen lassen. Die erste Verordnung bestimmt, daß deutsche Staatsangehörige, die im Dienste der Alliierten stehen, grundsätzlich der deutschen Gerichtsbarkeit unterstellt bleiben. Ausnahmen sind nur auf Grund einer besonderen Verordnung der interalliierten Rheinlandkommission zulässig. Diese Ausnahmen enthält die zweite Verordnung. Danach können im Dienste der Alliierten oder der Kommission stehende deutsche Staatsangehörige unter Beobachtung bestimmter Verfahrensvorschriften die zuständigen deutschen Gerichte in Strafsachen ablehnen, wenn ihnen strafbare Handlungen zur Last gelegt werden, die sie während des Dienstes oder aus Anlaß des Dienstes begangen haben.

Einen neuen Fall von französischer Aussaugungspolitik stellt eine Mitteilung der Frankfurter Presse an den Pranger. Danach beschlagnahmte die französische Besatzungsbehörde die Domäne Frauenstein bei Wiesbaden, ein großes landwirtschaftliches Unternehmen. Das gleiche Schicksal soll neuen großen Hofgütern in Hessen-Nassau drohen, so insbesondere dem 1400 Morgen umfassenden Mechtildenhof bei Erbenheim-Hochheim. Es liegt auf der Hand, daß die ohnehin schon äußerst schlechte Milchversorgung im Rheingau durch diese brutale Maßnahme noch empfindlich verschlechtert wird.

•

Keine Minderung der Besatzung

☞ **Genf, 12. Oktober.** (Eig. Drahtbericht.) **„Temps" meldet, daß dem Botschafterrat der Bericht der Militärkommission am Freitag zugestellt wurde, der die Unmöglichkeit einer Herabsetzung der Stärke des Besatzungsheeres und damit der Kosten der Besatzung in Deutschland ausführlich begründet.**

•

Deutschland und der Völkerbund

s. **Basel, 12. Oktober.** (Eig. Drahtbericht.) Wie der „Manchester Guardian" berichtet, besteht jetzt innerhalb der britischen Regierung eine Mehrheit für den unmittelbaren Eintritt Deutschlands und Oesterreichs in den Völkerbund.

Die Idee von Genf

Ueber den Plan der Genfer Konferenz haben sich bekanntlich unter den Alliierten sehr geteilte Meinungen herausgebildet, die jetzt zu einem Meinungsaustausch zwischen England und Frankreich geführt haben, dessen Endergebnis wahrscheinlich sein wird, daß die Idee von Genf aufrechterhalten bleibt, daß aber vor Genf noch eine Sachverständigenzusammenkunft in Köln stattfinden wird, auf der die technischen Fragen der Wiedergutmachung vorbereitet und erläutert werden sollen. Ueber die Schweiz wird uns zu den Vorgängen gemeldet:

S. **Genf, 12. Oktober.** (Eig. Drahtbericht.) **Wie Pariser Meldungen zu dem englisch-französischen Notenwechsel besagen, ist gegenwärtig ein lebhafter Meinungsaustausch über die Einzelheiten dieses Notenwechsels zwischen Paris und London im Gange. Man hofft in Pariser politischen Kreisen, daß eine Einigung nicht schwer zu erzielen sein wird. Der Kern des gegenwärtigen Konflikts zwischen Paris und London ist darin zu suchen, daß die französische Auffassung, in Spa sei nur die Zusammenkunft von Sachverständigen für Genf beschlossen, keineswegs von England geteilt wird. Die englische Regierung ist vielmehr durchaus der Meinung, und sie stützt sich dabei ebenfalls auf die Einigung von Spa, daß es sich bei der geplanten Konferenz um eine Zusammenkunft nicht nur von Sachverständigen, sondern der verantwortlichen Regierungsleiter handeln soll. Für eine Sachverständigenkonferenz wird auch mit der Möglichkeit gerechnet, daß sie nach einer rheinischen Stadt, es wird von Köln gesprochen, verlegt wird.**

Als Ansicht der deutschen Regierungsstellen erfahren wir aus unterrichteter Quelle, daß Deutschland gern bereit ist, mit jeder der alliierten Mächte und mit mehreren zusammen den Boden für die Genfer Konferenz in einer kurzen Besprechung von Sachverständigen vorzubereiten. Nur müsse darüber Klarheit herrschen, daß Deutschland an der Idee von Genf festhalte. In Köln könne es sich lediglich um unverbindliche Vordesprechungen handeln.

Es scheint, daß dieser rechtliche Standpunkt von England durchaus geteilt wird und daß die Zusammenkunft Lloyd Georges mit dem belgischen Ministerpräsidenten Delacroix, der in London eingetroffen ist, diesem Standpunkte auch endgültig zur Anerkennung seitens der widerstrebenden Mächte, Frankreich und Belgien, verhelfen wird.

Neue Gewalttaten in Oberschlesien

+ **Oppeln, 12. Oktober.** (Eig. Drahtbericht.) **Aus den Kreisen Beuthen und Pleß werden neue polnische Gewalttaten gemeldet. In Fortlipa wurde der Schmidt Michelik hinterrücks erschossen. In Mockau wurde der dortige Förster durch Schüsse schwer verletzt. Bei Idaweiche wurde ein Fleischermeister von Banditen überfallen und beraubt. Im Kreise Oppeln wurde der Stellenbesitzer David von Räubern erschossen. Auf der Grube Dubensko zwangen die Polen den dortigen deutschen Lehrer, seinen Organistendienst in der Kirche einzustellen.**

Der Sieg in Kärnten

Das offizielle Ergebnis der Volksabstimmung in Kärnten ist noch unbekannt. Der Kärntner Heimatdienst hat auf Grund der Berichte der Vertrauensmänner in der Abstimmungszone eine vorläufige Berechnung vorgenommen, die einen sicheren Sieg zugunsten Oesterreichs ergibt.

Wenn es am Abstimmungstage trotz des ungestörten Zuzugs aus Krain zu keinen Gewaltakten kam, ist dies in erster Linie auf die Anwesenheit der deutschkärntner Schutzabteilungen zurückzuführen, die etwa 2000 Mann stark über die ganze Südzone verteilt waren; dann aber auch darauf, daß die aus Krain eintreffenden Sokolisten eine ganz andre Lage vorfanden, als sie erwarteten. Sie waren in dem Glauben, eine ihnen überwiegend freundliche Stimmung anzutreffen, mußten aber das Gegenteil erfahren. Sie paßten sich der Lage an und verhielten sich ruhig.

Italienisch-serbische Verhandlungen

× **Belgrad, 12. Oktober.** (Serb. Pressebureau.) **Die jugoslawische Friedensdelegation stellte für die Verhandlungen in Santo Pablo folgende Minimalforderungen auf: Fiume mit dem Hafen kommt unter das Protektorat des Völkerbundes, Dalmatien wird mit allen Inseln Jugoslawien einverleibt. Jugoslawien fordert ferner Skutari, weil Italien das Uebereinkommen von Triest über Albanien verletzt habe.**

☽ **Belgrad, 12. Oktober.** (Eig. Drahtbericht.) **Der südslawische Ministerrat hat den Minister des Auswärtigen Trumbitsch und den Handelsminister Litchitch zu Bevollmächtigten in der Konferenz zu Santo Pablo ernannt.**

Der Handstreich gegen Wilna

Ueber die neueste Phase des Unfriedens im Osten, den Handstreich des polnischen Generals Zeligowski gegen Wilna, wird uns gedrahtet:

⊡ **Warschau, 12. Oktober.** (Eig. Drahtbericht.) **Die Warschauer Presse verurteilt ohne Unterschied ihrer Haltung in sonstigen politischen Fragen den Gewaltstreich des Generals Zeligowski, den er in Gemeinschaft mit Offizieren und Soldaten der litauisch-weißruthenischen Division unternommen hat. Die Zeitungen sagen, die einzige Erklärung sei die feindliche Haltung, die die Kownoer Regierung gegen die polnische Bevölkerung eingenommen habe. Nach Informationen aus zuverlässiger Quelle finden Unterhandlungen zwischen dem französischen Obersten Rebaut und General Zeligowski statt. General Zeligowski führte dabei aus, daß er die litauisch-weißruthenische Division erst seit einigen Tagen befehlige und daß er persönlich keinen Einfluß auf die Truppen gehabt habe. Ich erfahre dazu, daß die erwähnten Truppen bereits im Jahre 1919 vor der Schaffung einer regulären polnischen Armee organisiert worden sind. Die Truppen sind ausschließlich in Litauen und Weißrußland gebürtig und haben Grodno und Wilna bei der ersten Offensive gegen die Bolschewisten genommen. Als sie hörten, daß die Demarkationslinie, die am 7. Oktober zwischen der polnischen und litauischen Regierung vereinbart wurde, ihr Land und ihre Familien außerhalb Polen ließ, haben sich die Offiziere und Soldaten empört und General Zeligowski, ein gebürtiger Litauer, hat der Bewegung nachgegeben.**

In Litauen ist die Erregung sehr groß. Auch die Ententevertreter haben der Zentralleitung Litauens schriftlich ihren schärfsten Protest ausgedrückt und ausdrücklich erklärt, daß die Ententevertretungen in Litauen keine andre Regierung anerkennen würden als die in Kowno weilende verfassungsmäßige litauische Regierung. Der jüdische Nationalrat hat einen Aufruf an die jüdische Bevölkerung Litauens erlassen, in dem er sämtliche Juden auffordert, Litauen in dem Kampf gegen Polen beizustehen und die Truppen der Regierung zu unterstützen. Die jüdische Jugend soll gleichfalls mit den andern Bürgern in die Reihen der Freiwilligen treten und kein Jude soll in diesem schweren Augenblick abseits stehen.

•

Noch immer kein Frieden

In Riga ist der Waffenstillstands- und Vorfriedenspunkt noch immer nicht unterzeichnet worden. Ein Telegramm meldet dazu:

☞ **Paris, 12. Oktober.** (Eig. Drahtbericht.) **Der Waffenstillstand zwischen Polen und der Sowjetregierung konnte bisher noch nicht unterzeichnet werden. Von den Sekretariaten der beiden Delegationen wird dazu eine Mitteilung herausgegeben, daß sich über die endgültige Abfassung der Bestimmungen des Präliminarfriedens noch Meinungsverschiedenheiten gezeigt haben, über die erst verhandelt wird.**

Inzwischen gehen die Kampfhandlungen, wenn auch sehr unsicher und tastend, weiter. Auch die Mobilisierung dauert fort. So hat der Moskauer Rat für nationale Verteidigung ein Dekret erlassen, demzufolge alle Bürger Sowjetrußlands, die in den Jahren 1896, 1897 und 1898 geboren sind, mobilisiert werden. Und der polnische Staatsrat hat einen weiteren Rüstungskredit von 1 Milliarde polnische Mark bewilligt. Die Aussichten für einen endgültigen Frieden im Osten sind denkbar gering.

•

Bündnis Frankreichs mit General Wrangel?

☞ **Genf, 12. Oktober.** (Eig. Drahtbericht.) **„Matin" meldet: Der Vertreter General Wrangels Maklakoff hat den Entwurf eines Bündnisvertrages der russischen Regierung jetzt in Paris überreicht. Der erste Ablatz sieht die Lieferung von Artillerie und Munition zum Angriff auf Moskau für das Frühjahr vor und findet in französischen Regierungskreisen ernstliche Beachtung und Befürwortung.**

Die Kriegsgefangenen in Rußland

+ **Berlin, 12. Oktober.** (Eig. Drahtbericht.) Ueber Stockholm wird aus Moskau gemeldet, daß sich in Sibirien insgesamt nicht mehr als 40000 Kriegsgefangene aller Nationen befinden. 4000 Gefangene seien bereits auf dem Heimtransport. Der Abtransport aller Kriegsgefangenen in Sibirien wird, wenn nicht unvorhergesehene Störungen eintreten, im November noch beendet werden. Im Orenburger und Ufabezirk sind noch etwa 6000 Reichsdeutsche, hauptsächlich Kolonisten, die nach dort verschickt worden sind. In Turkestan befinden sich noch rund 15000 Kriegsgefangene, darunter 1500 Reichsdeutsche. Die Zahl der im Kubangebiet überall verstreuten Kriegsgefangenen wird auf 4000 bis 5000 geschätzt. Für Heimtransport sei davon abhängig, ob der Abtransport über Noworossijsk vonstatten gehen könne. Wegen der bereits eingetretenen starken Kälte sei von einer Hilfsexpedition nach Sibirien abzusehen, jedoch erscheine die schnellste Uebersendung von Hilfsmitteln nach Petersburg und Moskau dringend erforderlich, da die dortigen Vorräte in längstens 14 Tagen erschöpft sein werden. Eine sofortige Hilfeleistung für die Kriegsgefangenen in Turkestan und die Zivilgefangenen in Ostrußland sei ebenfalls zur Notwendigkeit geworden.

Bulgarien droht mit Staatsbankrott

☞ **Genf, 12. Oktober.** (Eig. Drahtbericht.) **„Echo de Paris" meldet aus Sofia: Im Finanzausschuß erklärte der Finanzminister, daß er keine Möglichkeit mehr sähe, die Bilanz des Staatsetats herzustellen. Trete keine Besserung der internationalen Finanzlage ein, so würde Bulgarien gezwungen werden, den Staatsbankrott zu erklären.**

Die franko-deutschen Verhandlungen

Philipp Berthelot

Von unserm ☞-Mitarbeiter

Paris, 9. Oktober.

Mit der Reise des französischen Botschafters Laurent nach Paris beginnt ohne Zweifel die ernsthafteste Phase der deutsch-französischen Beziehungen seit dem Waffenstillstand: man versucht beiderseits, aus dem Stadium der Drohe- und Rechtfertigungsnoten in das einer positiven Auseinandersetzung überzutreten.

Der beiderseitige Standpunkt ist bekannt und erlaubt sogar die Auffassung, daß man sich im Prinzip einig ist. Ganz Frankreich und das offizielle Deutschland wollen das gleiche, nämlich die Ausführung des Versailler Vertrages, wobei allerdings von französischer Seite betont wird, daß diese Ausführung eine integrale sein muß, während man bei uns immer wieder darauf hinweist, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommen werde, aber eben nur im Maße des Möglichen. Auf diesen Unterschied vorderhand einzugehen, ist müßig.

Es wird vor allem darauf ankommen, sich gegenseitig zu verstehen, eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens zu schaffen. Mit dem früher so beliebten, sich in kunstreichen Eiertänzen gefallenden Diplomatenspiel ist heute nichts mehr auszurichten. Noch kindlicher wäre es, mit einer geballten Faust auf den Tisch schlagen zu wollen, mit einer geballten, aber nicht mehr gepanzerten Faust. Bismarck hatte eine solche Faust, er schlug aber sehr ungern damit auf den Tisch. Da nun das Erbe Bismarcks in vollkommener Weise verludert worden ist, heißt es mit dem Verstande arbeiten, so unangenehm dies auch hier und da empfunden werden mag.

Welches sind nun die hauptsächlichsten Personen, die diese Verhandlungen führen werden? Da haben wir vor allem den deutschen Botschafter, Herrn Dr. Mayer. Er hat bis jetzt in Frankreich eine gute Presse, und daß er ein Bayer ist, schadet gewiß auch nichts. Von französischer Seite aus wird man in ihm besonders den Wirtschaftspolitiker schätzen, den Mann, der auf diesem Gebiet kein Neuling ist.

Auf der andern Seite stehen in erster Linie Millerand und sein Ministerpräsident Leygues, vor allem aber wohl doch der neu ernannte Generalsekretär Philipp Berthelot. Denn wenn Millerand auch ein ganzes Programm bedeutet, so wird er sich doch wohl kaum mit den Einzelheiten der Verhandlungen befassen, und Leygues seinerseits wird von andern Aufgaben zu sehr in Anspruch genommen sein. Unser Vertreter wird es in der Hauptsache mit Berthelot zu tun haben, und deshalb verlohnt sich eine Skizze dieses französischen Diplomaten.

Philipp Berthelot ist der dritte Sohn des berühmten Gelehrten. Als junger Mann schon verkehrte er in der Hauptsache in literarischen und künstlerischen Kreisen, er war ein Freund von Mallarmé und von Moréas, er ist ein Bewunderer von Baudelaire, und José-Maria de Héredia verlockte ihn sogar zum Dichten. Weiter ist Philipp der Verfasser einer „Vie de Louis Bernard", er war siebzehn Jahre lang Mitarbeiter der „Vie Parisienne" und ferner Sekretär der Großen Enzyklopädie. Außerdem ist Berthelot ein Sportsmann, und wenn er auf Pferde setzte, so tat er dies mit Methode, er spielte „mathematisch" und soll einen riesenhaften Kettelkatalog besessen haben, in dem alle Tugenden und Fehler der Rennpferde Frankreichs und Englands verzeichnet waren. Ob Berthelot dank dieser Sachlichkeit gewonnen hat, entzieht sich meiner Kenntnis.

Erst verhältnismäßig spät wandte sich Berthelot der diplomatischen Laufbahn zu, die er damit begonnen haben soll, daß er bei der ersten Prüfung durchfiel, was ihn aber nicht hinderte, sich rasch zum verantwortungsvollsten Posten hinaufzuarbeiten. Als Diplomat machte er große Reisen, vor allem in Afrika und im nahen und fernen Osten. Er wurde der unentbehrliche Mitarbeiter der Rouvier, Bourgeois, Pichon, Viviani, Briand, Poincaré und Clemenceau, und schließlich derjenige von Millerand.

Heute verkehrt er fast ausschließlich in literarischen und künstlerischen Kreisen, er ist ein großer Bewunderer von Claudel und Porto-Riche, ein intimer Freund von Barrès, und hätte er, wie dies in England Sitte ist, seine Vorliebe für Tiere näher zu bezeichnen, so müßte er die Katzen nennen, die Berthelot sehr liebt. Es mag noch hinzugefügt werden, daß die deutsche Sprache die erste war, in der das Kind redete, seine Erzieherin war eine Deutsche und genoß in der Familie seines Vaters große Achtung.

Als Diplomat rühmt man ihm seine Offenheit, seine Arbeitskraft, sein geradliniges Wesen und seine Einfachheit nach, die für Schmeicheleien unempfänglich ist. Außerdem betrachtet man ihn als eine Verkörperung des gesunden Menschenverstandes.

Berthelot ist, wie so ziemlich alle Franzosen, der festen Ueberzeugung, daß Deutschland den Krieg zur endgültigen Verankerung seiner Hegemonie gewollt hat, und daß es, da es den Krieg verloren hat, auch für dessen Kosten aufzukommen habe. Berthelot von dieser Ansicht abzubringen, wäre ganz gewiß verlorene Mühe, es wäre doppelt verlorenes Spiel, da er in dieser seiner Eigenschaft eben nur das Sprachrohr aller maßgebenden französischen Kreise ist.

Ob die franko-deutschen Verhandlungen zu einem guten Ende geführt werden können, steht dahin, man darf dies nur hoffen.

Freistaat Danzig

☞ **Genf, 12. Oktober.** (Eig. Drahtbericht.) **Das Pariser „Journal" meldet: Der Botschafterrat hat den Danziger Delegierten die Erklärung abgegeben, daß die staatsrechtliche Unabhängigkeit des Freistaates Danzig nicht geändert werden soll.**

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201013/1